

# atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2012, 37. Jahrgang, Nr. 219



**KONSEQUENZ DER STRESSTESTS:**

**AKW ABSCHALTEN!**



Es ist eigentlich schon immer so gewesen: Die Artikel in unserer Vereinszeitung geben einerseits einen Rückblick auf stattgefundene Aktionen, Einschätzungen von Veranstaltungen und allgemeine Entwicklungen. Andererseits ist es aber auch gerade dieser Rückblick, der gleichzeitig eine Vorausschau auf weitere Tätigkeiten ist, quasi unser Arbeitsprogramm, das man so charakterisieren kann – wie es Gabi Schweiger, Obfrau der Freistädter Mütter gegen Atomgefahr – einmal formuliert hat: „Es reißt nicht ab!“

Und weil es nicht abreißt, erneuert gerade Tschechien krampfhaft seine Bemühungen, die Atomkraft auszubauen: mindestens zwei weitere Atomreaktoren will man bauen.

Dass die Finanzierung unsicher ist, der Strom aus Atomkraftwerken wegen der vielen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien nicht gebraucht wird und eigentlich sogar unverkäuflich ist, ist für uns keine Entwarnung. Die Atomlobby findet Mittel und Wege, den Atomstrom quersubventionieren zu lassen. Aktuell denkt man an garantierte Fixpreise für Strom aus Atomkraftwerken – egal, zu welchen Preisen Strom an der Börse gehandelt wird: Für Atomstrom soll es einen staatlich garantierten Preis für die nächsten 60 Jahre geben. Die Gemeinden in Tschechien wehren sich derweil heldenhaft gegen die Errichtung von Atommüllendlagern!

Im November 2011 fand sich in der Tiroler Tageszeitung die Schlagzeile:

„Österreich protestiert und nutzt“. Damit wird sehr treffend die Praktik der Atomstromimporte nach Österreich angeprangert. Und auch wenn die Bundesregierung und die österreichischen Energiehändler sich geeinigt haben, dass ab 2015 damit Schluss sein soll: Schluss ist nur mit der Abgabe von Atomstrom an den Endverbraucher. Dass der Atomstrom dann vermehrt die Pumpspeicherkraftwerke füllt – will niemand zugeben, abstreiten aber auch nicht ... Immer mehr Gemeinden beschließen auch deshalb unsere „100% atomstromfrei!“-Erklärungen! Aktuell sind es rund 100 Gemeinden!

Abstreiten will und kann auch niemand, dass es im Atomkraftwerk Temelin laufend zu Störfällen kommt. Wie viele das allerdings sind, will man im Umweltministerium in Wien offenbar nicht wissen oder man zählt immer noch: Eine entsprechende Anfrage von uns liegt seit Feber 2012 bei der dortigen Stelle – Antwort noch heuer? Ungewiss.

Sie erinnern sich noch an die AKW-Stresstests, die nach dem Mehrfach-SuperGAU in FUKUSHIMA durchgeführt wurden. Nun: die belgischen Atomreaktoren haben die Tests bravourös bestanden. Jetzt sind sie allerdings abgeschaltet worden, weil Risse in den Reaktorbehältern festgestellt wurden. Bei den Stresstests hatte man diese Risse aber nicht identifiziert? Warum nicht? Weil die belgischen Atomkraftwerke keine vor Ort Prüfung hatten, und nur auf dem Papier herumtheoretisiert wurde, ob die Reaktoren sicher sind? .

Warum überhaupt das Ganze?

Wegen EURATOM? Wegen dem Atomfördervertrag aus dem Jahr 1957, der den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie vorsieht! Gegen den EURATOM-Vertrag gibt es eine parlamentarische Bürgerinitiative, die derzeit ONLINE auf der Internet-Seite des österreichischen Parlaments unterstützt werden kann!

Sie denken jetzt: EURATOM – noch immer ein Thema? Ja. Noch immer ein Thema – „es reißt nicht ab!“. Wir sind überzeugt, dass ein europaweiter Atomausstieg eine Frage von EURATOM ist und solange es diesen Atomfördervertrag gibt, werden in Europa Atomkraftwerke gebaut werden.

Viele Anregungen wünsche ich und Danke für Ihre Unterstützung!

Roland Egger – Obmann

## **AKW Stresstests: Konsequenz dringend nötig: Abschalten, statt nachrüsten!**

Von vielen Antiatom-Organisationen – auch von atomstopp - wurden die AKW Stresstests als viel zu schwammig und unverbindlich kritisiert. Als Freibrief gar für die Atomindustrie, die in Europa nach FUKUSHIMA ziemlich in Bedrängnis geriet. Doch der Persilschein, den sich die Atomlobby vielleicht erwartet hätte, der ist es allem Anschein nach nicht geworden.

Die Atomlobby – und das sei hier kritisch anzumerken – allen voran die Atomstaaten Frankreich und Großbritannien, hatten wenig Freude mit den AKW Stresstests und haben nichts unversucht gelassen, diese Tests möglichst unverbindlich zu halten, sich auf Prüfungen von Papierunterlagen zu beschränken, Atomkraftwerke gar nicht vor Ort zu inspizieren, etc. Von den insgesamt 132 Atomreaktoren in der Europäischen Union wurden nicht einmal die Hälfte genauer untersucht.

Verständlich, dass noch im August der Ärger unter den Atomgegner\_innen groß war, als es hieß, ein belgischer Atomreaktor habe zwar den AKW Stresstest überstanden, im nachhinein seien aber Risse in den Druckbehältern festgestellt worden. Also genau dort, wo die atomare Kettenreaktion stattfindet und wo

absolute Dichtheit vorgesehen und notwendig ist,!

Der betroffene Atomreaktor in Belgien wurde 1982 in Betrieb genommen, also vor 30 Jahren. Vier weitere Atomreaktoren in Belgien sind sogar noch älter und auch die anderen belgischen Atomreaktoren datieren aus dem Jahr 1985. Dabei gaben die belgischen Behörden an, dass die Risse bei den Reaktor-druckbehältern nicht direkt mit dem Alter zusammenhängen, sondern die Probleme auf die Produktion der Behälter und damit auf strukturelle Probleme zurückzuführen sind.

Anfang Oktober kursierte dann plötzlich im Internet ein Vorab-Bericht zu den AKW Stresstests, der am 18./19. Oktober beim Europäischen Rat den Staats- und Regierungschefs präsentiert werden soll und dieser Bericht hatte es in sich: **eigentlich bei allen (!) 132 Atomreaktoren quer durch die Bank sind beim AKW Stresstest Mängel festgestellt worden!**

Die EU-Kommission geht davon aus, dass für jeden einzelnen Atom-

reaktor bis zu 200 Millionen Euro an Nachrüstungskosten anfallen werden, insgesamt bis zu 25 Milliarden Euro!

Die Beunruhigung unter der Bevölkerung nach diesem alarmierenden Bericht ist groß – als besonders gefährlich werden auch die Atomkraftwerke Temelin und Mochovce eingestuft. Aus Tschechien kam umgehend Entwarnung: Temelin ist sicher – keine Frage.

Gerne wird aber unter den Tisch gekehrt, dass das Melker Abkommen – geschlossen zwischen Österreich und Tschechien – auch mehr als 10 Jahre nach Abschluss nicht vollständig umgesetzt ist. In der Frage der Erdbebengefährdung gehen die internationalen Experten davon aus, dass Tschechien die Gefahr deutlich unterschätzt!

Was jetzt? Die AKWs nachrüsten?

Warum soll mit Steuergeldern – eventuell sogar über EURATOM die atomare Gefahr weiter verlängert werden? Die Konsequenz muss sein: ABSCHALTEN!

**EU-Kommission hat bis dato keinerlei Kompetenzen**

Dass keiner der 132 europäischen Atomreaktoren als „sicher“ eingestuft werden konnte, ist erschreckend! Ja, aber wirklich fassungslos ist man, wenn man hört, dass die EU-Kommission nur EMPFEHLUNGEN abgeben kann. Alles, das was jetzt beim AKW Stresstest herausgekommen ist, kann von den EU-Mitgliedstaaten aufgegriffen werden, muss es aber nicht. Jeder Staat entscheidet selbst, über das Ausmaß der Sicherheit „seiner“ Atomkraftwerke. Gerade deshalb gibt es mit Tschechien seit Jahren die Diskussionen über den Sicherheitsstandard von Temelin. Für die tschechischen Behörden ist Temelin sicher genug – den internationalen Experten eben nicht. Dabei ist klar: jedes Atomkraftwerk ist eine potenzielle Gefahr für die Nachbarstaaten und wir alle in Europa werden von den Atomkraftwerken bedroht

**Dass sich die EU-Mitgliedstaaten gerade in diesem sicherheitsrelevanten Bereich nicht hineinreden lassen, ist inakzeptabel!**



## **Tschechien stellt Umweltverträglichkeit für ein unbekanntes Atomkraftwerk fest!**

Seit August 2008 läuft in Tschechien das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau von Temelin. Im April 2012 startete in Österreich, sowie in Sachsen und Bayern eine 30-tägige Einwendungsfrist, bei der jede\_r Bürger\_in eine Stellungnahme zum Ausbau abgeben konnte.

Sehr kritisch gesehen wurde, dass sich in Österreich die Bundesländer auf keinen einheitlichen zeitlichen Rahmen der Einwendung einigen konnten/wollten und deshalb das erste Bundesland (Niederösterreich) am 5. April startete, das letzte Bundesland (Wien) am 18. April. Leider wurde auch kein einheitlicher Einwendungstext für alle Bundesländer von offizieller Seite formuliert. Die Zeitspannen, in denen eine öffentliche Einsichtnahme in die Unterlagen möglich war und die Einwendungszeiten variierten außerdem. Manche Kundmachungen waren im

Internet nur sehr schwer auffindbar. Ein umfassender Verbesserungsbedarf ist gegeben und wurde in einer Pressekonferenz auch thematisiert.

**atomstopp\_atomkraftfrei leben! hat die Einwendungskampagne in Österreich organisiert und unter anderem die Gemeinden ersucht, Unterschriftenlisten gegen Temelin in ihren Gemeinden aufzulegen.**

Außerdem wurden in Linz bei Informationsständen Unterschriften gegen Temelin gesammelt ...

Im Vordergrund der Einwendungskampagne stand: Umweltverträglichkeit und Atomkraft sind ein Widerspruch in sich, weil bereits beim Abbau von Uran die Umwelt in inakzeptabler Weise belastet wird. Tschechien – wie auch die gesamte Europäische Union – verfügen über keine ausreichenden Uranreserven, um daraus die nötigen Brennstäbe herstellen zu können. Die Strahlenbelastung durch den laufenden Betrieb von Atomkraftwerken kann

auch schon in den geringsten Dosierungen Krebs auslösen – immer mehr Studien verweisen auf den Zusammenhang von einer erhöhten Anzahl an Krebsfällen zur räumlichen Nähe von Atomkraftwerken. Und schließlich: weltweit – und auch nicht in der Tschechischen Republik – gibt es eine Lösung für die unvermeidlich Jahrtausende dauernde Lagerung der hochradioaktiven Abfälle. Internationale Experten gehen davon aus, dass ein Endlager für eine Million Jahre „sicher“ sein muss. Und wer will sich anmaßen, die Garantie für einen solchen Zeitraum zu übernehmen? Nur zum Vergleich: die letzte Eiszeit endete vor 10.000 Jahren. Im Vergleich zu den 1.000.000, für die das Endlager „sicher“ sein muss, also ein recht überschaubarer Zeitraum!

**Mehr als 22.500 Unterschriften gegen Temelin-Ausbau – 388 Gemeinden beteiligen sich an Kampagne!**

Insgesamt beteiligten sich mehr als 22.500 Österreicher\_innen bei



Unterschriftensammlung gegen Temelin in Linz



Öffentliche Anhörung in Budweis

der Einwendungskampagne gegen den Ausbau Temelins! 388 österreichische Gemeinden beteiligten sich an der Kampagne!

Mit diesen Unterschriften im Gepäck ging es zur einzigen offiziellen Anhörung nach Budweis.

### Ergebnis vorhersehbar.

Wenn überraschend prallten die Meinungen bei der Öffentlichen Anhörung in Budweis aufeinander: Die Atombefürworter am Podium verteidigten das Projekt als absolut sicher, auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal feststeht, welcher Reaktortyp gebaut werden soll!

### Engagement der tschechischen Grünen

Mit großem Engagement haben sich die tschechischen Grünen gegen den Ausbau Temelins bei der Anhörung in Budweis ausgesprochen und betont, dass die gesamte Umweltverträglichkeitsprüfung neu aufgerollt werden sollte. Es gibt – und daran konnte auch die Öffentliche Anhörung in Budweis nichts ändern – viele Unbekannte: Besonders gra-

vierend erscheint auch den tschechischen Grünen, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden konnte, ohne dass überhaupt der Reaktortyp feststeht. Erst Wochen nach der Anhörung wurden die Angebote der drei Konsortien (AREVA, Westinghouse und ROSATOM) geöffnet. Erst Mitte nächsten Jahres wird feststehen, welcher Reaktortyp am Standort Temelin gebaut wird – die sogenannte „Umweltverträglichkeitsprüfung“ ist bis dahin aber wohl schon Geschichte.

Die tschechischen Grünen waren in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung ein Garant dafür, dass die Ausbaupläne für das AKW Temelin auf Eis gelegt wurden, insofern ist ihre jetzige Positionierung gegen den Ausbau Temelins schlüssig. Mit ihrer Ablehnung der Atomkraft stehen sie allerdings in der tschechischen Parteienlandschaft alleine da.

**Es ist wichtig und es war wichtig, sich mit der Einwendung klar gegen den Ausbau Temelins zu positionieren – den mehr als 22.500 Einwander\_innen und den 388 Gemeinden an der Stelle ein herzliches Danke!**





Südböhmische und Freistädter Mütter gegen Atomgefahr

Auch heuer gab es wieder den schon traditionellen Marsch gegen die tschechischen Endlager im südböhmischen Pacejov. Eingeladen von den tschechischen Antiatom-Organisationen war es ein besonderes Gefühl, in einer sehr idyllischen Landschaft gemeinsam zu wandern und ein Zeichen gegen das geplante Endlager für die hochradioaktiven Abfälle zu setzen.

Unvorstellbar, dass in dieser Gegend ein Endlager entstehen soll. Für die tschechische Behörde SURAO, die für die Suche nach einem Endlager zuständig ist, hingegen nicht. Die Gegend zählt mit anderen Standorten zu den bevorzugten – anscheinend auch geologisch geeigneten. Ganz genau scheint man es aber bei SURAO aber noch nicht zu wissen, weshalb man gerne Probebohrungen machen würde.

## Goliath will sich Zustimmung erkaufen

Und genau gegen diese Probebohrungen wehrt man sich an den potenziellen Endlagerstandorten. Schon in den Jahren zuvor (2003 bis 2007) haben in 18 Gemeinden Volksabstimmungen stattgefunden – in 17 Gemeinden waren diese mit einer Beteiligung von mehr als 50% gültig und die Ablehnung in den übrigen Gemeinden eindeutig: mit 89% bis 99,4%-Ablehnung positionierten sich die Gemeinden ganz klar gegen die

Errichtung eines Endlagers für die hochradioaktiven Abfälle.

**Zu groß ist nun die Angst in den Gemeinden, dass alleine die Zustimmung zu den Probebohrungen schon bedeutet, dass das Endlager für die hochradioaktiven Abfälle hier errichtet wird.** SURAO würde sich die Zustimmung für die Probebohrungen etwas kosten lassen: Rund 710.000 Euro sind im Budget von SURAO heuer für jene Gemeinden reserviert, die sich mit den geologischen Untersuchungen einverstanden zeigen.

Die Gemeinden könnten somit jährlich bis zu 160.000 Euro lukrieren, wenn sie sich bereit erklären, dass Probebohrungen durchgeführt werden.

Die betroffenen Gemeinden liegen in der Umgebung von Lodherov, Bozejovice, Budisov, Lubenec, Rohozna und eben in der Umgebung von Pacejov.

Bei einer neuerlichen Volksabstimmung zu den Probebohrungen in der Gemeinde Lubenec haben 80% gegen solche Probebohrungen gestimmt und die Gemeindevertretung bestärkt, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, damit diese Probebohrungen verhindert werden.

Der Goliath SURAO hat also ein großes Problem: Die Gemeinden

wollen das Endlager nicht und sie lassen sich auch die Zustimmung zu Probebohrungen und geologischen Untersuchungen nicht finanziell erkaufen! Kurzerhand wurde in die Liste der „geeigneten“ Standorte für den hochradioaktiven Abfall, zwei Militärstandorte und ein Ort, an dem Uran abgebaut wird, aufgenommen. Unter anderem findet sich als potenzieller Endlagerstandort der Truppenübungsplatz Boletice, nur 18 km von der oberösterreichischen Grenze entfernt gelegen. Bis Ende 2012 soll feststehen, ob Boletice in die nähere Auswahl kommt.

Der Zeitplan von SURAO, bis 2015 die Wahl für das Endlager auf zwei mögliche Standorte beschränken zu können, wurde auf 2018 ausgedehnt. Spätestens im Jahr 2025 soll der Standort dann endgültig feststehen und im Jahr 2065 in Betrieb gehen.

Bis dahin wird in den tschechischen Atomkraftwerken Temelin und Dukovany Woche für Woche eine Tonne hochradioaktiver Abfall produziert! Das Problem wird also wöchentlich größer!

## Widerstand gegen Endlager = Widerstand gegen Atomkraft

Der Widerstand in Tschechien gegen das Endlager sollte der tschechischen Regierung zu denken geben: Es gibt keine Zustimmung zur Atomkraft, wenn die Bevölkerung mit den hochradioaktiven Abfällen konfrontiert wird, oder gar ihre Gemeinden als potenzielle Endlagergemeinden ausgewählt werden!



## Melker Abkommen – gibt es das überhaupt noch?

„Wie viele Störfälle hat es im AKW Temelin schon gegeben?“ – eine Frage, mit der wir immer wieder konfrontiert werden. Eine Frage, die der Temelin-Betreiber CEZ auch der tschechischen Atomaufsicht melden muss und laut dieser jährlichen zusammengefasst Meldung gab es allein im Jahr 2011 62 „ernste“ Begebenheiten, was man auch immer darunter verstehen möge.

Eigentlich müsste Tschechien laut den Vereinbarungen aus dem Melker Abkommen solche „ernsten“ Begebenheiten im AKW Temelin an das österreichische Umweltministerium melden, und zwar innerhalb von 72 Stunden.

**Wer nun glaubt, dass das österreichische Umweltministerium diese Liste an ernststen Begebenheiten griffbereit hätte und auf Anfrage weiterleiten würde, irrt.**

Seit Feber 2012 wird auf die entsprechende Zusammenfassung gewartet. Seltsam, nicht?

Offenbar nimmt man die Verpflichtungen aus dem Melker Abkommen nicht mehr ernst, und zwar nimmt man diese Verpflichtungen in Österreich nicht mehr ernst. Und da werden Erinnerungen an das Jahr 2007 wach – schon damals wurde von atomstopp kritisiert, dass Tschechien Störfälle nicht vereinbarungsgemäß an Österreich meldet. Die mediale Aufregung darüber war groß und auch das Bemühen, möglichst wenig politische Wellen zu schlagen ...

Premierminister Zeman hat in seinen Memoiren 2005 das Melker Abkommen so beschrieben: „Ehrlich gesagt war es eine Vereinbarung, die unseren absoluten Sieg bedeutete, und gerade deswegen war es notwendig, den Gegner nicht zu erniedrigen, sondern ihm einen roten Teppich zum Rückzug hinzulegen.“

## „Transparenz“ schaut anders aus!

Wünschenswert wäre eine möglichst zeitnahe Veröffentlichung aller Begebenheiten im Atomkraftwerk Temelin. Warum diesen Informationen „nachgerannt“ werden muss, zumal im österreichischen (!) Umweltministerium ist nicht nachvollziehbar.

## Internationale Bewertungsskala für Nukleare Ereignisse

Laut Definition der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die als Serviceeinrichtung im Jahr 1957 für jene Staaten eingerichtet wurde, die sich für die Nutzung der Atomenergie interessieren, darf man erst ab der INES-Skala (International Nuclear Event Scale, Internationale Bewertungsskala für Nukleare Ereignisse) von einem Störfall ab INES-2 sprechen, weniger Schwerwiegendes (also INES-0 und INES-1) wird schönschreiberisch als „Störung = Abweichung vom normalen Betrieb der Anlage“ (INES-1) bzw. als „Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung“ (INES-0) bezeichnet ...

Wie schwammig diese Einstufung erfolgt, wurde beim Mehrfach-SuperGAU in FUKUSHIMA eindrücklich vor Augen geführt: Nach dem Erdbeben und Tsunami am 11. März wurde am 12. März von einem „Unfall“ (INES-4) gesprochen. Am 18. März wurde auf „Ernster Unfall“ (INES-5) hochgestuft und erst am 12. April, also einen Monat nach dem Mehrfach-SuperGAU wurde auch offiziell von einem „Katastrophalen Unfall“ (INES-7) gesprochen. Dass gerade die IAEA nach dem Mehrfach-SuperGAU in FUKUSHIMA regelrecht auf Tauchstation ging und für Anfragen von Journalisten und besorgten Bürger\_innen einfach nicht erreichbar war, dürfte noch in guter/schlechter Erinnerung sein und wirft ein bezeichnendes Bild auf diese „Serviceeinrichtung für Atomstaaten“.



**„Wie ich mich in der Politik geirrt habe“ - die 2005 erschienen Memoiren von Premierminister Zeman und seine Beschreibung des Melker Abkommens ...**



Interessant: Österreich hat kaum Möglichkeiten, den Ausbau der Atomkraft an den Grenzen Österreichs zu verhindern. Wenn ein Staat auf Atomkraft setzt und diese bauen will, kann Österreich zwar laut aufschreien, ausgerichtet wird das aber nichts – schließlich sieht ja der EURATOM-Vertrag aus dem Jahr 1957 auch vor, dass die Atomkraft in Europa rasch ausgebaut werden sollte! Umgekehrt hat Österreich aber auch keine Möglichkeit, die Atomstromimporte zu verhindern.

Die Umweltorganisationen gaben sich aber nicht so schnell geschlagen: Mehrere Atomstommgipfel mit der Bundesregierung galt es zu absolvieren. Derweil wurde von Atomstopp vor dem Bundeskanzleramt für ein österreichisches Atomstromimport-Verbot demonstriert.

Immerhin drei Treffen mit der Bundesregierung und eine Diskussion mit Wirtschaftsminister Mitterlehner brauchte es für den folgenden Kompromiss: **Ab 2013 wird es eine lückenlose Kennzeichnung des Stroms geben, der an Privatkundeninnen abgegeben wird bzw. ab 2015 für die Abgabe an Industriekunden. Nachgewiesen wird dies über Zertifikate.** Und die Kennzeichnung erfolgt auf freiwilliger Basis. Atomstrom soll keiner mehr dabei sein.

**Ist damit Österreich nun endlich atomstromfrei?** Lesen Sie weiter auf Seite 10.

## Schlupflöcher für ungehinderten Atomstromimport müssen geschlossen werden!

Österreichische Energiehändler importieren Atomstrom, handeln mit Atomstrom, leiten Atomstrom durch Österreich durch. Fast 8% des Stroms, der in Österreich verbraucht wird, stammt rechnerisch betrachtet aus Atomkraftwerken. In Strommengen ausgedrückt sind das mindestens 7 Terawattstunden. Zum Vergleich: das AKW Temelin produziert in seinen zwei 1000 MW-Reaktoren jährlich rund 12 Terawattstunden.

GLOBAL 2000 und Greenpeace haben prüfen lassen, ob es möglich wäre, mit einem österreichischen Atomstromimport-Verbot, dem nachhaltig einen Riegel vorzuschieben. Das Ergebnis der Gutachten? Ja, es geht: Ein Atomstromimport-Verbot fällt in die Entscheidungskompetenz der EU-Mitgliedstaaten – und auch wenn dieses Importverbot einen Eingriff in den freien Warenverkehr (aus Sicht der Märkte wohl eine der wichtigsten Freiheiten in der Europäischen Union) darstellen würde, wäre es andererseits aber aus Gesundheits- und Umweltschutzgründen gerechtfertigt.

Das Signal eines solchen Importverbots wäre unübersehbar: Österreich verbietet Atomstromimporte – und die Hoffnungen, etwa Tschechiens, den Temelin-Strom nach Österreich zu verkaufen, wäre zunichte gemacht.

Wirtschaftsminister Mitterlehner – als Vertreter und Lobbyist der Märkte – hat nach Veröffentlichung der Rechtsgutachten bei der EU-Kommission nachgefragt, ob Österreich das darf, nämlich ein Atomstromimport-Verbot verhängen und die Antwort von der EU-Kommission war vorhersehbar: Natürlich nicht.

## Gemeinden erklären sich „100% atomstromfrei!“

Fast 100 österreichische Gemeinden haben sich in Erklärungen an die Bundesregierung gewandt, und unterstützen den Ansatz von „100% atomstromfrei!“ in Österreich. Gerne schicken wir interessierten Gemeinden einen Entwurf für diese Erklärung zu! Bitte um formlose Rückmeldung an [atomstopp-post@atomstopp.at](mailto:atomstopp-post@atomstopp.at)





## Spendegütesiegel – Ihre Spende kommt an!

Der Verein atomstopp\_atomkraftfrei leben! ist seit Dezember 2007 berechtigt, das Spendegütesiegel zu führen. Damit haben Sie als Spender\_in des Vereins die geprüfte Garantie des sorgsam Umgangs mit Spendengeldern. Jährlich wird die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Vereins von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin kontrolliert und die Verwendung der Spenden kritisch hinterfragt. Damit können Sie sicher sein: **IHRE SPENDE KOMMT AN!**

## Spenden an atomstopp sind steuerlich absetzbar!

Holen Sie sich Ihre Spenden vom Finanzamt zurück!

**atomstopp\_atomkraftfrei leben! ist eine spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation mit der Registrierungsnummer NT 2301!**



Ab sofort ist es möglich, dass Spenden an atomstopp bei der Arbeitnehmerveranlagung oder der Einkommenssteuererklärung als Sonderausgabe geltend gemacht werden können.

Erstmalig können Sie Ihre Spende an atomstopp bei der Arbeitnehmerveranlagung oder der Einkommenssteuererklärung für das Jahr 2012 beim Finanzamt geltend machen.

**Jede Spende - egal, in welcher Höhe - ist wichtig und hilft uns, gegen Atomkraft aktiv zu bleiben!**

## Finanzen 2011

Der Jahresabschluss zum 31.12. 2011 wurde nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes erstellt. Der Jahresabschluss liegt im Vereinsbüro zur Einsichtnahme auf.

Eine detaillierte Aufstellung der Finanzdaten (Mittelherkunft und Mittelverwendung) ist auf der Internet-Seite des Vereins veröffentlicht: [www.atomkraftfrei-leben.at](http://www.atomkraftfrei-leben.at)

**Ein ganz herzliches Danke nochmals allen Spender\_innen und Mitgliedern!**

		<b>ZAHLSCHEIN - EURO</b>	
<b>HYPO Oberösterreich</b>		<b>EUR</b>	
Kontonummer des Empfängers 00000205377		Verwendungszweck <input type="checkbox"/> Spende <input type="checkbox"/> Mitgliedsbeitrag <input checked="" type="checkbox"/> Einzelperson (ab 18. Lebensjahr) € 10,- <input type="checkbox"/> Firmen, Verbände juristische Personen € 30,-	
Empfänger atomstopp_atomkraftfrei leben! 4020 Linz, Promenade 37		BLZ-Empfänger 54000	
Kontonummer des Auftraggebers Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift		Unterschrift des Auftraggebers - bei Verwendung als Überweisungsauftrag <div style="font-size: 2em; opacity: 0.3; text-align: center;">EURO</div>	
Meine Spende an atomstopp ist steuerlich absetzbar! Reg.Nr.: NT2301		BLZ-Auftrag./Bankverm.	
034		40+	
00000205377 + 00054000 >			

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln! Die gesamte Rückseite ist von Bedruckung oder Beschriftung freizuhalten!

		<b>AUFTRAGSBESTÄTIGUNG</b>	
<b>HYPO Oberösterreich</b>		<b>EUR</b>	
Kontonummer des Empfängers 00000205377		Verwendungszweck <input type="checkbox"/> Spende <input type="checkbox"/> Mitgliedsbeitrag <input checked="" type="checkbox"/> Einzelperson (ab 18. Lebensjahr) € 10,- <input type="checkbox"/> Firmen, Verbände juristische Personen € 30,-	
Empfänger atomstopp_atomkraftfrei leben! 4020 Linz, Promenade 37		BLZ-Empfänger 54000	
Kontonummer des Auftraggebers Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift		Meine Spende an atomstopp ist steuerlich absetzbar! Reg.Nr.: NT2301	
034		84+	

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln!



## **Pumpspeicherkraftwerke – auch weiterhin betrieben mit Atomstrom?**

Durchaus problematisch wird gesehen, dass es auch nach der Einigung, die mancherorts als „größter Erfolg nach Zwentendorf“ bezeichnet wurde, Atomstrom ungehindert in die Pumpspeicherkraftwerke Österreichs fließen kann und wohl auch fließen wird. Ein „größter Erfolg“ schaut anders aus.

Für die Vermutung spricht, dass kein Energiehändler, der in Oberösterreich Pumpspeicherkraftwerke derzeit projiziert, garantieren will, dass in die Pumpspeicherkraftwerke nur erneuerbare Energie fließen wird. Man lässt sich alle Hintertürchen offen und meint unisono: Der Preis wird ausschlaggebend sein, womit die Pumpspeicherkraftwerke gefüllt werden. Ob das dann tatsächlich Windstrom oder Sonnenstrom sein wird, wie es manche Politiker\_innen gerne hätten, weiß man nicht. Hineinkommt in den Pumpspeicher, was grad billig zur Verfügung steht. Die Herkunft des Stroms ist zweitrangig.

Wirtschaftsminister Mitterlehner war es übrigens wichtig, nach der Einigung mit GLOBAL 2000 und Greenpeace zu betonen, dass die Rolle Österreichs als Energiedrehscheibe definitiv nicht gefährdet sei und damit wohl auch die Durchleitung von Atomstrom nicht unterbunden wird.

Im Übrigen: alle österreichischen Energiehändler sind mehrheitlich im Besitz der Öffentlichkeit, also im Besitz von uns allen! Laut Umfragen wünscht sich diese Öffentlichkeit, 74%, dass Atomstrom gänzlich verboten wird (IMAS-Umfrage im Auftrag von GLOBAL 2000 und Greenpeace im Juni 2011).

## Bürgerinitiative gegen EURATOM jetzt ONLINE unterstützen!

Ein europaweiter Atomausstieg ist – nicht erst seit den Ergebnissen der Stresstests – wünschenswert, nötig und wohl der einzige Weg, uns vor einer atomaren Katastrophe mitten in Europa zu schützen!

Dass der **Dreh- und Angelpunkt der EURATOM-Vertrag** ist, erkennt auch die Bundesregierung, wenn es in ihrem Aktionsplan vom März 2011 heißt: „Die Bemühungen im Hinblick auf eine Reform des EURATOM-Vertrages werden fortgesetzt, insbesondere um den Förderzweck zu eliminieren, den Schutzzweck auszubauen, einen fairen Wettbewerb der Energieträger herzustellen und die Entscheidungsprozesse zu demokratisieren.“

Die Bundesregierung erkennt somit unsere inhaltliche Kritik am EURATOM-Vertrag umfassend an, jedoch ist seit dem 22. März 2011, dem Tag, an dem der Aktionsplan gegen Atomkraft beschlossen wurde, nichts bekannt geworden, das in die Richtung deuten würde, dass auf europäischer Ebene an einer Reform des EURATOM-Vertrages gearbeitet worden wäre.

Es hat vielmehr die Entscheidung von Wissenschaftsminister Töchterle gegeben, der im April 2011 – also knapp einen Monat nach FUKUSHIMA – angekündigt hat, dem EURATOM-Forschungsprogramm zuzustimmen ... Von einer umfassenden Neuorientierung der europäischen Nuklearforschung und damit verbunden eine grundlegende Änderung der Forschungsaktivitäten hin zum bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor den desaströsen Folgen der energetischen Nutzung der Kernenergie, zur Stilllegung von Kernkraftwerken und zur Endlagerung von Atommüll, wie dies ebenfalls im Aktionsplan der Bundesregierung festgehalten wurde, keine Rede, ganz nach dem Motto: Papier ist geduldig.

Als von GLOBAL 2000 im April angekündigt wurde, man werde ein europaweites Bürgerbegehren für den Atomausstieg unter dem Motto „Meine Stimme gegen Atomkraft“ starten, gab es warnende Stimmen: Der EURATOM-Vertrag, der als einer der Gründungsverträge der Europäischen Union, die Förderung der Atomindustrie vorsieht, könnte ein solches Bürgerbegehren verhindern. Bürgerbegehren gegen Gründungsverträge der EU, gegen das Primärrecht, sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Überraschung hielt sich also in Grenzen, als die EU-Kommission nach zweimonatiger Prüfung des Ansehens um Zulassung des Bürgerbegehrens für den europaweiten Atomausstieg knapp argumentierte:

Das europäische Volksbegehren „Meine Stimme gegen Atomkraft“ würde europäisches Primärrecht, insbesondere den EURATOM-Vertrag der EU, verletzen und dürfe daher nicht zugelassen werden.

## Europaweiter Atomausstieg: Eine Frage von EURATOM!

Und genau darin liegt auch der Stolperstein für einen europaweiten Atomausstieg: Solange der EURATOM-Vertrag nicht aufgelöst wird, werden sich die Atomlobbyisten in der EU-Kommission immer auf das Primärrecht und auf die Sonderstellung der Atomenergie hinausreden.

**Die ablehnende Haltung der EU-Kommission ist für uns jedenfalls klarer Auftrag und Auftakt: Der Ausstieg einzelner Mitgliedstaaten aus dem EURATOM-Vertrag erhält neue Brisanz!**

Um die Bundesregierung an ihre „Ansagen zu einem europaweiten Atomausstieg“ vom März 2011 zu erinnern, wurde eine Bürgerinitiative betreffend der Mitgliedschaft Österreichs im Parlament eingebracht. Die Bürgerinitiative wurde im Juli an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer übergeben und kann noch ONLINE unterstützt werden!



Mit der Bürgerinitiative bei Präsidentin Prammer

# Bürgerinitiative gegen EURATOM ONLINE unterstützen!

**ONLINE** kann die Bürgerinitiative noch bis zum 27. November unterstützt werden.

Mit der Bürgerinitiative ersuchen wir den Nationalrat, auf die Bundesregierung einzuwirken, dass sie – wie nach FUKUSHIMA von der Bundesregierung selber vorgeschlagen – den EURATOM-Vertrag zum Atomausstiegsvertrag macht! Damit kommen wir einem europaweiten Atomausstieg einen entscheidenden Schritt näher!

**Zur ONLINE Unterstützung der Parlamentarischen Bürgerinitiative: [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)**

Rechts im Balken: ONLINE Zustimmung, Bürgerinitiativen im NR  
Weitere Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM 44/BI

## Hintergrund der Konferenz:

Wir wollen einen österreichisch-deutschen Erfahrungsaustausch auf NGO-Ebene ermöglichen und darüber beraten, wie wir die europaweit im öffentlichen Bewusstsein kaum wahrgenommene Existenz der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM zum Schlüsselthema machen können. Auf dem Weg zu einem europaweiten Atomausstieg kommt man um EURATOM nicht herum: EURATOM liegt auf dem Weg dorthin, blockiert, verunmöglicht den Atomausstieg!

## Konferenz am 17. November in Linz Europaweiter Atomausstieg: Eine Frage von EURATOM!

Erfahrungsaustausch und Perspektiven aus der Sicht von Atomgegner\_innen und Politiker\_innen (u.a. mit Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende des Umweltausschusses im deutschen Bundestag) und Christiane Brunner (Vorsitzende des Umweltausschusses im österreichischen Nationalrat))

Ort: Ursulinenhof, Landstraße 31, 1. Stock Konferenzsäle

Datum: Samstag, 17. November 2012

Zeit: 10 bis 17 Uhr

Anmeldung bitte ehestmöglich an:  
[post@atomstopp.at](mailto:post@atomstopp.at)



**Meine Spende an atomstopp ist steuerlich absetzbar!  
Registrierungsnummer: NT2301**



## Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp\_atomkraftfrei leben!*

Auflage: 15.000 Stück

F.d.l.v.: Roland Egger, Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger.

Claudia Kothgassner, Gabriele Schweiger, Michael Reitingner

Fotos: Bernhard Scheurecker, Roland Egger, Gabriele Schweiger

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: 0732 77 42 75

Homepage: [www.atomkraftfrei-leben.at](http://www.atomkraftfrei-leben.at), Email: [post@atomstopp.at](mailto:post@atomstopp.at)

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, Konto: 205377

Gedruckt mit Ökostrom bei Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

atomstopp wird unterstützt durch das Land Oberösterreich und

die Landeshauptstadt Linz